

Kein Anlass für Katzenjammer

Eurovision Song Contest Die SRG ist trotz Pleite in Moskau auf dem richtigen Weg



KURT-EMIL MERKI, MOSKAU

Beinahe-Music-Star Piero Esteriore scheiterte 2004 im Halbfinal des Eurovision Song Contest (ESC). Der bunt zusammengewürfelten, von ESC-Altmeister Ralph Siegel hochsubventionierten Truppe Six4One erging es zwei Jahre später nicht besser. DJ Bobo flog 2007 hochkant aus dem Wettbewerb. Und für den smarten Paolo Meneguzzi, der vor Jahresfrist in Belgrad eine sehr reife Vorstellung gab, blieb der Final ebenfalls eine Illusion. Mit andern Worten: Die Lovebugs, die es am Dienstagabend verpassten, ausreichend Punkte für eine Finalqualifikation zu ergattern, reihen sich nahtlos ein in eine lange Reihe von Schweizer ESC-Misserfolgen. In den letzten Jahren habe ich immer wieder dafür plädiert, die Pleiten zum Anlass für einen Marschhalt zu nehmen. Aussetzen, so mein mehrfach geäussertes Vorschlag, und gründlich über das weitere Vorgehen nachdenken!

Trotz Enttäuschung über das Scheitern der Lovebugs scheint mir dieses Mal Katzenjammer nicht angebracht. Die Lovebugs und insbesondere deren Frontmann Adrian Sieber machten ihre Sache am Dienstagabend gut. Sie erlagen der Versuchung nicht, sich einem (wie auch immer gelagerten) europäischen Massengeschmack anzupassen. «The Highest Heights» ist ein solides Stück Popmusik. Die Lovebugs interpretierten es in der ihr eigenen, jeglichen Showeffekten abholden Art. Dass sie mit diesem Auftritt den Eintritt ins grosse Finale vom kommenden Samstag verfehlten, ist das eine. Das andere ist: Die Basler Rockband

nutzte auf sympathische Weise die Chance, sich einem Publikum vorzustellen, das in die Dutzenden von Millionen ging. Die Lovebugs hatten in Moskau nichts zu verlieren. Und sie haben auch nichts verloren. Die Schweiz aber hat etwas gewonnen. Die Erkenntnis, dass man im europäischen Liedertwettstreit auch mit Anstand verlieren kann. Die Lovebugs haben sich nicht blamiert, sie konnten die Arena erhobenen Hauptes verlassen. Das dürfte einen nachhaltigen Eindruck auf die Szene machen. Ich gehe auf jeden Fall davon aus, dass das Engagement der Lovebugs einen Winkelriedeffekt haben wird. Die Basler haben sich quasi geopfert, um eine Schneise für künftige Nachfolger zu öffnen. Was mussten Adrian Sieber und seine Band-Kollegen für Hiebe aus Musikkreisen einstecken, als bekannt geworden war, dass sie für die Schweiz nach Moskau reisen würden. Nach dem gelungenen Auftritt vom letzten Dienstag wird die Hemmschwelle für Profikünstler fallen. Ich bin überzeugt, dass sich die SRG im kommenden Herbst über viele interessante Bewerbungen freuen darf. Dieser SRG ist zu wünschen, dass sie den Mut vor der eigenen Courage nicht verliert. Wenn die Schweiz am Contest schon als Aussenseiterin wahrgenommen und behandelt wird, dann soll sie daraus selbstbewusst ein Markenzeichen machen. Die Lovebugs haben es demonstriert: Schweizer Beiträge sollen eigenständig, authentisch, identifizierbar sein. Wo Schweiz draufsteht, soll am ESC auch künftig Qualität drin sein.

kurt-emil.merki@azag.ch

Ablenken vom eigenen Versagen

Empörung ist Applaus für den Provokateur – nehmen wir Steinbrücks Attacken gelassen

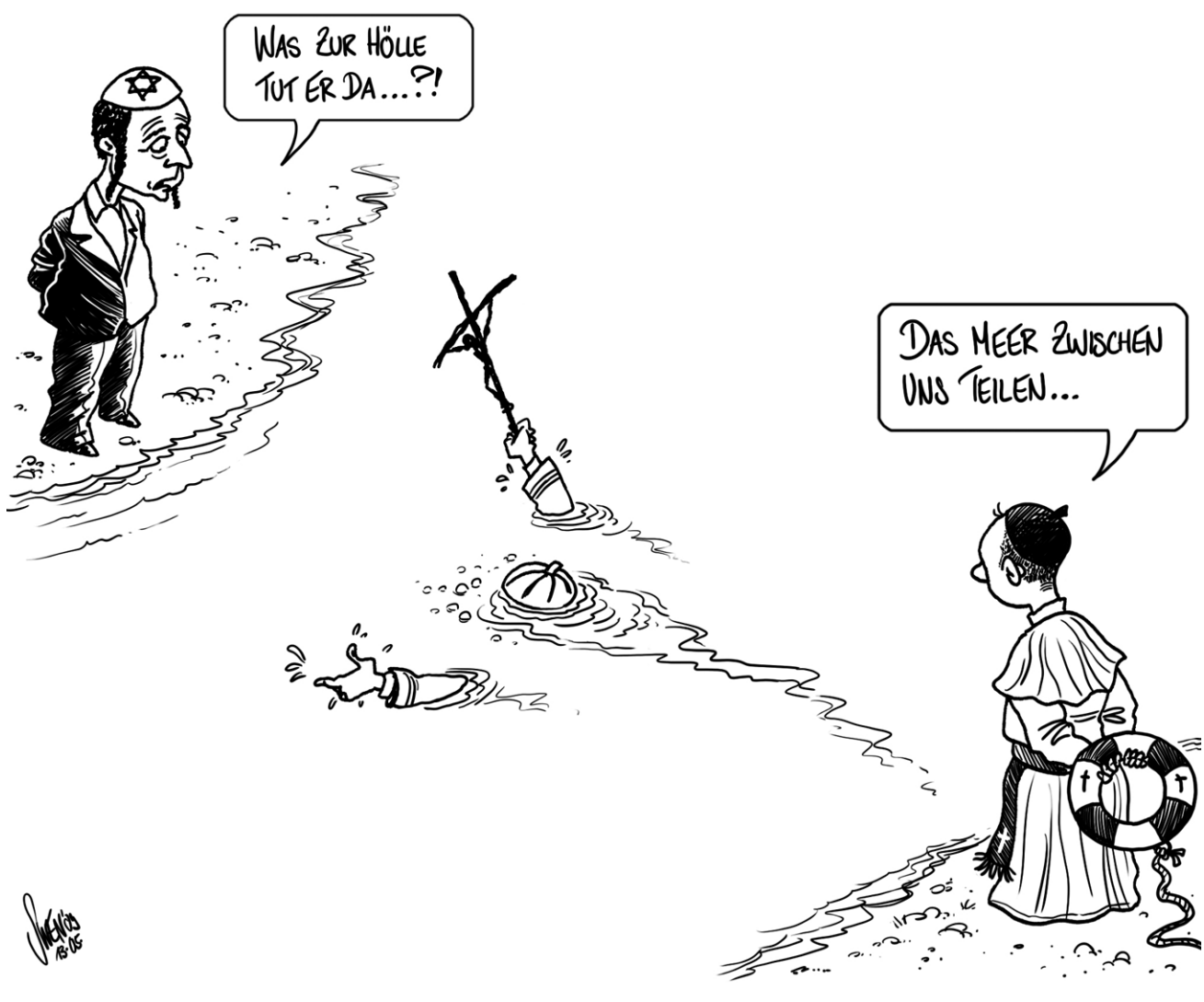


BEAT RECHSTEINER

«Zu Gast bei Freunden» hiess es noch vor drei Jahren an der Fussball-WM. Nun ist es eine ungemütliche Reise ins Fort der Kavallerie, wo die Mächtigen gegen die Kleinen energisch die Peitsche schwingen: Vier Schweizer Parlamentarier treffen heute den deutschen Finanzminister Peer Steinbrück in Berlin zum Gespräch. Sie werden versuchen, ihn für seine verbalen Entgleisungen zur Rede zu stellen. Sie werden versuchen, ihn zu mehr Sachlichkeit anzuhalten. Und sie werden versuchen, ihm seine fixe Idee auszutreiben, die Schweiz sei eine Steueroase und ein Paradies für Hinterzieher und Betrüger. Nützen wird das freilich nicht viel – so gut die Absichten der Parlamentsdelegation auch sind. Denn Steinbrück ist ein Wiederholungstäter, dem so gut wie jedes Mittel recht ist, im heimischen Wahlkampf ein paar Stimmen mehr zu gewinnen. Genau darum geht es dem sozialdemokratischen Finanzminister. Die Schweiz ist dabei nur ein dankbarer Prügelknabe, weil sie in der internationalen Politik ein Leichtgewicht ist. Ablenken muss Steinbrück mit den markigen Sprüchen von der eigenen missratenen Steuerpolitik. Zur Erinnerung: Arbeitnehmer mit wenig oder durchschnittlichem Einkommen belastet der deutsche Staat mit bis zu 52 Prozent Einkommenssteuer und Abgaben. Im Kampf gegen Steuerbetrüger hingegen hat Deutschland die Schweiz in zehn Jahren erst ein einziges Mal um Amtshilfe ersucht. Wir tun also gut daran, Steinbrücks Ausfälle künftig gelassen zu nehmen und nur dort aktiv zu werden, wo es wirklich um die Substanz, sprich um ein neues Doppelbesteuerungsabkommen, geht. Denn ohne empörte Reaktionen verhalten die lauten Rufe des ewigen Provokateurs in der stillen Bedeutungslosigkeit.

beat.rechsteiner@azag.ch

NICOS SEITENST(R)ICH



Es geht um Sicherheit

Zahlen bestätigen: Strafrecht muss wieder verschärft werden



Gastautoren äussern in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung. Heute: Natalie Rickli, 32, ist SVP-Nationalrätin seit 2007. Zuvor war sie Gemeinderätin in Winterthur und Zürcher Kantonsrätin. Beruflich ist sie Bereichsleiterin in einer Online-Media-Agentur.

NATALIE RICKLI

Im Januar habe ich an dieser Stelle ein Umdenken in der Rechtsprechung gefordert: Ich kritisierte das misslungene neue Strafgesetzbuch, welches 2007 in Kraft getreten ist. Seither ist viel passiert: Kein Tag verging ohne Schreckensmeldungen: Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen und Morde. Nun liegen erste Zahlen zum neuen Strafrecht vor. Viele Gewalttäter werden oft nur

noch zu Geldstrafen oder bedingten Strafen verurteilt. Während mit dem alten Strafrecht 77% der Sexualstraftäter ins Gefängnis wandern mussten, sind es mit dem neuen nur noch 48%. Das darf nicht sein! Aus diesem Grund hat die SVP im Nationalrat eine Sondersitzung zur Verschärfung des Strafrechts verlangt, welche nun am 3. Juni stattfinden wird.

Die Defizite des neuen Strafgesetzes werden nun auch in den Kantonen offensichtlich: So meldet der Kanton Aargau, dass in den vergangenen drei Jahren 66 von 300 gemeinnützigen Einsätzen unvollendet geblieben sind: Jede fünfte Strafe wurde also nicht erfüllt. Ähnliches hört man aus dem Kanton Zürich. Auch der Berner Justizdirektor weist darauf hin, dass in Bern jeder dritte zu einer Geldstrafe oder einem Arbeitseinsatz verurteilte Delinquent die Schlupflöcher im neuen Strafrecht auszunutzen wisse. Dabei ist ein griffiges Strafrecht mit abschreckenden Strafen und einer harten Justiz dringend nötig. Anfang März erschütterte uns der Fall Lucie in Baden: Ein 16-jähriges Mädchen wurde von ei-

nem Wiederholungstäter brutal umgebracht. Bereits nach seiner ersten Tat – einer versuchten Tötung – hätte dieser verwahrt werden können. Doch einmal mehr stand die «Resozialisierung des Täters» im Zentrum und nicht der Schutz der Gesellschaft. Dafür musste ein junges Mädchen sein Leben lassen.

Dass es Ersttäter gibt, wird man nie ganz verhindern können. Für Wiederholungstäter aber tragen Politik und Justiz die Verantwortung. Der Fall Lucie zeigt klar: Die Verwahrungspraxis muss dringend überprüft werden. Nicht die Gesellschaft, sondern der Täter muss das Risiko tragen! Dies dokumentiert auch der Fall des Kinderschänders Daniel H. aus Basel, welcher unzählige Buben missbraucht hat. Dafür ist er zu verschiedenen kurzen Strafen verurteilt worden – zuerst in Zürich, dann in Mannheim. Erst in Basel wurde er verwahrt. Die verschiedenen Fälle, die in den letzten Wochen publik wurden, sind erschütternd: Ende April wird ein verheirateter 41-jähriger Karatekämpfer aus Winterthur zu lediglich drei Jahren Gefängnis verurteilt: Er hat nicht weniger als 29 Mädchen zwischen vier und neun Jahren missbraucht. Ein 54-jähriger Pädophiler hat in den Bezirken Winterthur und Andelfingen ZH zwei Dutzend Knaben missbraucht. Er sass

Dass für die Politiker nun endlich auch der Opferschutz und nicht mehr der Täter im Zentrum steht, können sie an der Sondersession beweisen

bereits einmal im Gefängnis wegen sexueller Handlungen mit Kindern. Am 11. Mai stürzt sich ein Pensionierter in Kaiseraugst BL während einer Hausdurchsuchung wegen Kinderpornografie vom Balkon und stirbt. Er wurde 2004 wegen sexueller Handlungen mit Kindern verurteilt – zu 2½ Jahren.

Trotz diesen erschütternden Beispielen will der Bundesrat nicht handeln. Die zuständige Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf lehnt alle Vorstösse für ein härteres Vorgehen gegen Sexualverbrecher ab. Sie sprach sich gegen ein Pä-

dophilen-Register aus mit der Begründung, «Sexualstraftäter würden viel weniger rückfällig als allgemein angenommen». Dabei werden in der Schweiz jedes Jahr über 600 Mörder, Vergewaltiger und Pädophile verurteilt. Der grösste Teil von ihnen kommt wieder frei; viele werden rückfällig. Rückfallgefährdete Täter gehören meines Erachtens nicht mehr einfach hinter Gitter. Der Schutz der Gesellschaft ist künftig höher zu gewichten als eine mögliche Heilung des Täters. Und von denjenigen, die wieder freikommen, weiss heute niemand, wo sich diese potenziellen Wiederholungstäter aufhalten – weder die Polizei noch die Behörden. Darum braucht es ein Täterregister, in welchem schwere Gewaltverbrecher registriert sind. Die Täter sollen ihren Wohn- und Arbeitsort den Behörden melden. Der Täter muss wissen, dass die Polizei weiss, wo er wohnt, und dass er jederzeit kontrolliert werden kann.

Die zahlreichen milden Urteile haben keinerlei abschreckende Wirkung. Um diesem Zustand Abhilfe zu schaffen, habe ich eine Motion zur Erhöhung des Strafmasses bei Vergewaltigungen eingereicht: Die Mindeststrafe für Vergewaltiger soll auf drei Jahre hinaufgesetzt werden. Bei Vergewaltigung von Kindern unter 12 Jahren ist das Strafmass auf mindestens sieben Jahre zu erhöhen – eine solch niederträchtige und brutale Tat muss zwingend härter bestraft werden. Auch soll der teilbedingte Strafvollzug von Strafen über zwei Jahren abgeschafft werden. Denn Straftaten, für welche Freiheitsstrafen von über zwei Jahren verhängt werden, sind keine Lappalien. Für derartige Delikte rechtfertigt es sich nicht, die täterfreundliche Erleichterung einer teilbedingten Strafe vorzusehen. Ich hoffe sehr, dass nach all den schrecklichen Taten der vergangenen Monate und den Zahlen zum neuen Strafrecht auch bei den Politikern ein Umdenken stattgefunden hat. Ob für sie nun endlich auch der Opferschutz und nicht mehr der Täter im Zentrum steht, können sie am 3. Juni in der Sondersession zum Strafrecht beweisen.